

Resolution zur Budgetierung von parodontologischen Behandlungen durch das GKV-FinStG

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Referentinnen und Referenten des 68. Zahnärztetages in Westfalen-Lippe lehnen die durch das GKVFinStG eingeführte strikte Budgetierung von Parodontal-Behandlungen ab. Die Auswirkungen auf die erst zum 1. Juli 2021 in die zahnärztliche Versorgung aufgenommene neue, präventionsorientierte Parodontitis-Therapie sind für die vielen betroffenen Patienten gravierend.

Der neuen über einen Zeitraum von drei Jahren angelegten Behandlungsstrecke werden schon in ihrer Einführungsphase die allseits konsentierten erforderlichen finanziellen Mittel nach einem Jahr durch die Bundesregierung wieder entzogen, entgegen der wiederholten Beteuerungen von Bundesgesundheitsminister Lauterbach, es werde keine Leistungskürzungen geben.

Die zum Teil gravierenden gesundheitlichen Folgeschäden für die Patienten werden wider besseres Wissen ignoriert. Die Teilnehmer und Referenten des 68. Zahnärztetages in Westfalen-Lippe wenden sich entschieden gegen diese gesetzliche Zwangsmaßnahme und verurteilen sie als medizinisch verantwortungslos.

Sie fordern Bundesgesundheitsminister Lauterbach deshalb dringend auf, im Rahmen der im September anstehenden Evaluation der Auswirkungen des Gesetzes auf die Parodontalbehandlung die strikte Budgetierung dieser Leistungen für alle gesetzlich Krankenversicherten umgehend zurückzunehmen.

Name in Druckbuchstaben

Unterschrift